Bericht aus Berlin
Halbzeitbilanz

Stephan Pilsinger | Bundestagsabgeordneter | Wahlkreis München-West/Mitte

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

seit nun mehr zwei Jahren darf ich Sie als Ihr direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis München-West/Mitte in Berlin vertreten und möchte Ihnen für Ihr Vertrauen durch Ihre Stimmabgabe sehr herzlich danken.
In meinem Wahlkampf begegnete mir oft der Vorwurf, dass man von Politikern nur zu anstehenden Wahlen hört und es ansonsten sehr ruhig sei...

Diesem Statement möchte ich mit dieser Zeitung und meiner Arbeit hier vor Ort im Münchner Westen und für unsere Heimat entschieden entgegen treten. Ich bin gerne in meinem Wahlkreis unterwegs, schätze den direkten Austausch mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern und habe für die unterschiedlichsten Anliegen ein offenes Ohr, um diese dann in meine Arbeit in Berlin einfließen zu lassen.
Es bereichert mich, im Austausch mit vielen verschiedenen Einrichtungen, Organisationen aber auch Betrieben, das Engagement und den Einsatz der Menschen an Ihrem Arbeitsplatz aber auch im Ehrenamt kennen zu lernen.
Es ist mir wichtig, nicht nur während der Wahlkampfzeit in unserer Stadt unterwegs zu sein, weshalb ich im Rahmen meiner „Pilsinger's Sprechstunde" regelmäßig Vereine und Institutionen aus der Region besuche, um mich so für deren Belange einsetzen zu können.
Auch möchte ich Sie gerne an meiner Arbeit als Mitglied im Gesundheitsausschuss und im Familienausschuss des Deutschen Bundestages teilhaben lassen, weshalb ich Ihnen in dieser Zeitung meine wichtigsten Projekte und Initiativen gerne vorstelle!
Nun wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ein friedvolles Weihnachtsfest verbunden mit den besten Wünschen für ein gutes, gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2020!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Stephan Pilsinger, MdB

Wieder ist ein Jahr ins Land gegangen und wir sind dankbar, weil es erneut ein sehr gutes und außerordentlich erfolgreiches Geschäftsjahr gewesen ist. Wir freuen uns einmal mehr über die wiederholten Auszeichnungen der Magazine Focus und Bellevue.

Zusätzlich zu unserem Hauptsitz in der Weiglstraße 14 in Neuhausen haben wir seit Februar eine neue Filiale in der Sadelerstraße 1 in Nymphenburg. In diesem Ladenbüro fühlen wir uns besonders wohl.

Auch in 2020 wird es unser Anliegen sein, wieder ein kompetenter Ansprechpartner rund um das Thema Immobilien zu sein.

Wir wünschen Ihnen alles erdenklich Gute für das kommende Jahr.

BELLEVUE BEST PROPERTY AGENTS 2018
BELLEVUE BEST PROPERTY AGENTS 2019
BELLEVUE BEST PROPERTY AGENTS 2020

ivd Mitglied im IVD
Immobilienverband Deutschland IVD
Verband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen Region Süd e.V.

Creditreform WIR SIND MITGLIED.

Dem Menschen verpflichtet

Warum ich als Abgeordneter auch Hausarzt bleibe

Stephan Pilsinger unterwegs in Pasing für den ärztlichen Bereitschaftsdienst – stets zu erreichen unter 116 117

Abgeordnete und Nebentätigkeit: das ist ein Thema mit Zündstoff. Einige Kritiker behaupten, als Abgeordneter sei man doch komplett ausgelastet und habe keine Zeit für zusätzliche Tätigkeiten. Andere wiederum befürchten Interessenskonflikte, die die Unabhängigkeit bedrohen. Ich kann natürlich nur für mich persönlich sprechen und sage deutlich:
Ich habe mich bewusst für eine Nebentätigkeit entschieden! Gerne erkläre ich auch, warum: Für mich war klar, dass ich auch im Falle meiner Wahl in den Deutschen Bundestag weiterhin als Arzt tätig sein möchte. Als Mitglied des Gesundheitsausschusses ist es für mich von zentraler Bedeutung, den Bezug zur medizinischen Praxis nicht zu verlieren. Ich habe mehrere Jahre als Arzt in der Inneren Medizin eines kommunalen Krankenhauses gearbeitet. Im Wahlkampf habe ich immer wieder betont, dass ich als Arzt ins Rennen gehe – auch weil ich glaube, dass zu wenig Mediziner aus der Praxis in Deutschland aktiv an Gesetzen und Gesundheitswesen mitwirken.

Stephan Pilsinger an seinem Arbeitsplatz in der Praxis

Wie überall, zählt auch im Parlament: Die richtige Mischung macht's! Wir brauchen eine Vielzahl an Lebenswegen und unterschiedlichen beruflichen Biographien im Bundestag – keinen Einheitsbrei. Und der eine oder andere Vertreter der medizinischen Praxis sollte eben auch dabei sein.
Fakt ist: Man entfernt sich schnell von der Routine des ärztlichen Berufes, wenn man nicht mehr „am Patienten" arbeitet. Abgeordnete erhalten zwar erstklassige Berichte, Expertenmeinungen und Gutachten zu allen möglichen politischen Themen. Etwas in eigener Tätigkeit zu erfahren, ist dabei aber eine unschätzbare Ergänzung.
Welche Auswirkungen unsere Entscheidungen in Berlin haben, erfährt man am besten direkt vor Ort, wo Gesundheitsversorgung Tag für Tag stattfindet.
Deshalb freue ich mich, außerhalb der Sitzungswochen, weiterhin meiner Nebentätigkeit in einer Hausarztpraxis im Münchner Umland in Teilzeit nachgehen zu können. Hier kann ich beruflich fit bleiben und mir die Unabhängigkeit von der Politik bewahren.
Noch ein Wort zum Thema Finanzen – das spielt ja bei der Betrachtung der Nebentätigkeit zu recht stets eine Rolle: Als Abgeordnete sind wir verpflichtet, die Höhe unseres Einkommens beim Bundestagspräsidenten anzugeben. Dabei gilt ein Stufensystem. Ich liege dabei auf Stufe 1 monatlich, also der kleinsten meldepflichtigen Stufe. Tatsächlich geht es mir nicht um ein paar zusätzliche Euro, die selbstverständlich auch noch zu versteuern sind, sondern um den Bezug zur Praxis.
Und der letzte aber wahrscheinlich wichtigste Punkt:
Mir macht es einfach Freude, mit den Patienten zu arbeiten. Ich halte Sprechstunden ab, mache Hausbesuche und helfe bei der Betreuung von Altenheimen mit. Gerade wenn man in der Politik tätig ist, sind solche unmittelbaren Kontakte wichtig – denn am Ende steht nicht die Politik im Mittelpunkt, sondern immer das Wohl des Menschen.
Mein Ziel bleibt es, Entscheidungen auf Basis von Herz und Verstand, aber eben auch geprägt durch Erfahrung zu treffen.

Info: Notfall – was tun?

- Ruhe bewahren
- Situation erfassen und Überblick verschaffen
- auf Eigenschutz achten
- lebensrettende Sofortmaßnahmen ergreifen
- Hilfe holen (Rettungsdienst/ Feuerwehr: 112 // Polizei: 110)
- situationsgerecht Erste Hilfe leisten

Wichtige Notrufnummern:

- Rettungsdienst/Feuerwehr: 112
- Polizei: 110
- Kassenärztlicher Bereitschaftsdienst: 116 117
- Giftnotruf München: 089 19240

Organspende

Eine Frage der Ethik

Als Berichterstatter meiner Fraktion für das Themengebiet „Organspende“ beschäftige ich mich seit Beginn meiner Tätigkeit im Deutschen Bundestag mit diesem sensiblen und emotionalen Thema. Laut Deutscher Stiftung Organtransplantation hatte sich die Zahl der Organspenden im Jahr 2017 erneut rückläufig entwickelt.[1] Wir als CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag mussten dringend handeln, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Aus diesem Grund habe ich im Juli 2018 gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Gesundheit ein Positionspapier mit dem Titel „Prozesse optimieren – Organspende in Deutschland stärken“ veröffentlicht, das die Probleme in den Prozessen und Strukturen der Organspende hervorhebt und entsprechende Lösungsvorschläge aufzeigt.

Andere Länder gehen mit gutem Beispiel voran. Eine Delegationsreise des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages im Oktober 2018 nach Spanien machte deutlich: Der Erfolg des dort angewandten Modells in der Organspende beruht gerade nicht auf der geltenden Widerspruchsregelung, sondern auf den Strukturen und der Arbeit der Intensivmediziner. Das bestätigten uns vor Ort die Vertreter der Nationalen Organisation für Transplantation (ONT).

Man arbeite permanent an der Verbesserung und weiteren Professionalisierung des Systems sowie am Vertrauen in der Bevölkerung, damit Spender noch schneller erkannt würden und keine Organe durch äußere Einflüsse verloren gingen. Die Widerspruchsregelung dagegen werde in der Praxis gar nicht angewandt, da die Transplantationsbeauftragten in den spanischen Kliniken im Ernstfall immer die Angehörigen befragen, ob sich der Verstorbene zu Lebzeiten zur Organspende geäußert hat.[2]

Auf Grundlage unseres Positionspapiers wurde wenige Monate später mit der Arbeit an einem Entwurf für ein Gesetz für bessere Zusammenarbeit und bessere Strukturen in der Organspende[3] begonnen. Im Februar 2019 wurde das Gesetz in zweiter und dritter Lesung vom Deutschen Bundestag abschließend beraten. Seit April 2019 gelten die neuen Vorschriften zur Organspende.

Das Gesetz setzt genau dort an, wo das System bisher Schwächen aufwies. Krankenhäuser sollen nun mehr Zeit und mehr Geld für Organtransplantationen bekommen. Gut funktionierende Abläufe bei der Erkennung möglicher Organspender, mehr Zeit und eine gute Finanzierung können uns in Zukunft dabei helfen, eine nachhaltig hohe Zahl von Organspenden zu sichern.

Trotzdem wurde von Bundesgesundheitsminister Spahn schon während der Verhandlungen zum neuen Gesetz die zusätzliche Einführung einer Widerspruchsregelung in das System der Organspende ins Gespräch gebracht.[4]

Das halte ich aus fachlichen und ethischen Gründen für falsch. Die Einführung einer Widerspruchsregelung würde somit das Grundrecht auf Selbstbestimmung verletzen. Bei der Organspende muss es sich auch weiterhin, wie der Name schon sagt, um einen freiwilligen Akt – eine Spende – handeln. Es sollte nicht in der Hand des Staates liegen, den Bürgern diese Entscheidung abzunehmen. Zudem besteht die Gefahr, dass Menschen, die sich mit dieser Frage nicht auseinandersetzen, gegen ihren Willen als Organspender missbraucht werden. Die Widerspruchsregelung löst aber die wahren Probleme nicht, die in den Strukturen und der Organisation der Entnahmekrankenhäuser liegen.[5]

Aus diesem Grund habe ich nun gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen einen Kompromiss ausgearbeitet, der die Organspende als freiwillige, selbstbestimmte Entscheidung beibehält und stärkt. Bei meiner Rede zum Haushalt im September 2018 hatte ich im Plenum eine Lösung vorgeschlagen, die nun zu einem Gesetzentwurf ausgearbeitet worden ist.[6]

Ein staatlicher Zwang zur Organspende weckt Ängste. Er würde das Vertrauen in die Organspende senken! Genau aus diesem Grund habe ich mit Kolleginnen und Kollegen des Bundestags diesen Kompromiss ausgearbeitet, der die Organspende nach dem Tod als eine bewusste und freiwillige Entscheidung beibehält und stärkt.

Wir setzen uns dafür ein, diese stets widerrufbare Entscheidung klar zu registrieren, verbindliche Information und bessere Aufklärung zu gewährleisten und die regelmäßige Auseinandersetzung mit der Thematik zu fördern.[7]

Die Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein zentrales, verfassungsrechtlich geschütztes Element menschlicher Würde.

Dieses Menschenrecht darf nicht durch ein nachträgliches Veto ausgehebelt werden. Nachdem beide Gesetzentwürfe im Juni dieses Jahres ins Parlament eingebracht worden waren, erfolgt die endgültige Entscheidung darüber, wie wir die Organspende in Zukunft regeln werden, vermutlich im Januar 2020. Die Abgeordneten sind dabei nur ihrem Gewissen unterworfen.

1 siehe: Deutsche Stiftung Organtransplantation: Jahresbericht Organspende und Transplantation in Deutschland 2018, Seite 8.
2 siehe auch: Norbert Wallet: Spaniens Erfolgsrezept heißt Vertrauen. Stuttgarter Nachrichten, 22.11.2018.
3 siehe: BT.-Drs. 19/6915.
4 siehe auch: Cornelia Schmergal: Umstrittene Widerspruchslösung – Spahn und Lauterbach legen Gesetzentwurf zur Organspende vor. SPIEGEL Online, 28.03.2019.
5 siehe auch: Gastbeitrag des Vorsitzenden des Deutschen Ethikrates Peter Dabrock im Tagesspiegel vom 25.09.2019: Die Widerspruchsregelung ist unnötig. Jens Spahn und Karl Lauterbach fügen der guten Sache Organtransplantation schweren Schaden zu.
6 siehe: Erste Beratung der Bundesregierung: Einzelplan 15 (Gesundheit), 14.09.2018.
7 siehe: BT.-Drs. 19/11087.

Pilsinger's Sprechstunde

Vor Ort beim Bürger

Menschen im Wahlkreis, Vereine, Kirchen, Hilfsorganisationen und Betriebe – im Rahmen meiner „Pilsinger's Sprechstunde" informiere ich mich über ihre Anliegen, Ideen und Herausforderungen:

Den letzten Tagen mehr Leben geben

Bis zum letzten Moment in Würde leben zu können, den letzten Tagen mehr Leben geben, ein für mich sehr emotionales und gesellschaftlich heikles Thema, welches aber keinesfalls tabuisiert werden darf. Einen interessanten Einblick in diesen Bereich konnte ich beim Besuch des Johannes-Hospizes der Barmherzigen Brüder, unweit vom Nymphenburger Schlosspark, gewinnen. Die 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten hier meiner Meinung nach eine höchst anspruchsvolle und wichtige Aufgabe, andere Mitmenschen in ihrem letzten Lebensabschnitt zu begleiten. Dem Hospiz stehen hierfür bis zu 12 Einzelzimmer für Patientinnen und Patienten, aber auch eine hauseigene Kapelle, Zimmer für Angehörige sowie Aufenthalts- und Gemeinschaftsräume zur Verfügung. So wird die Versorgung hinsichtlich medizinischer, aber auch seelsorgerischer und psychosozialer Belange sichergestellt.
Für mich gilt: ein Menschenleben ist wertvoll, egal in welchem Abschnitt des Lebens man sich gerade befindet. Die Würde des Menschen ist auch in den letzten Wochen und Stunden unantastbar. Um die Wahrung dieses Grundsatzes zu gewährleisten, ist die Arbeit, wie sie unter anderem im Johannes-Hospiz im Münchner Westen verrichtet wird, unverzichtbar und von unschätzbarem Wert.

Stephan Pilsinger mit dem Einrichtungsleiter Gregor Linnemann vor dem Johannes-Hospiz der Barmherzigen Brüder

Spitzentechnologie im Münchner Westen – GKN Aerospace Deutschland GmbH

Gerne nahm ich das Angebot des Geschäftsführers von GKN Aerospace Deutschland GmbH, Herrn Dietmar Czaia an, mir sein Unternehmen vorzustellen. Das Format der Pilsinger's Sprechstunde ist konzipiert, mit Unternehmen und Institutionen in meinem Wahlkreis ins Gespräch zu kommen und so einen Überblick zu gewinnen, welche unterschiedlichen Firmen, Vereine und Personen den Münchner Westen beleben. In meiner politischen Arbeit vor Ort kann ich dadurch mehr und mehr auf meinen persönlichen Erfahrungsschatz zurückgreifen und Informationen daraus in meine praktische politische Arbeit einfließen lassen.
GKN Aerospace ist ein Zuliefererunternehmen der Luftfahrtindustrie mit Sitz in Neuaubing. Das Unternehmen hat eine lange Tradition im Münchner Westen, beginnend mit der Gründung 1934 als „Leichtkonstruktion München GmbH", über „Dornier GmbH" bis zum jetzigen 20-jährigen Jubiläum als GKN Standort. Das Werk in Neuaubing ist ein sogenanntes „Center of Excellence" für komplexe Kohlefaser Kunststoffteile, die hauptsächlich in zivilen Flugzeugen wie beispielsweise dem Airbus A320 verbaut werden. In Neuaubing beschäftigt sind über 500 qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In einer Werksführung wurde mir gezeigt, wie an hochmodernen Maschinen Verbundstrukturen für den Luft- und Raumfahrtbereich entwickelt, hergestellt und montiert werden.

Stephan Pilsinger mit der Geschäftsleitung bei einer Werksführung durch GKN Aerospace Deutschland GmbH

Geschäftsführer Dietmar Czaia, sowie Oliver Plank als Prokurist des Unternehmens führten mich dabei ausführlich in die komplexe Materie ein und machten mir die einzelnen Arbeitsschritte verständlich. Die Werksführung machte mir wieder einmal deutlich – der Münchner Westen ist reich an technologisch hochspezialisierten Unternehmen.
Ich will mit meiner Politik dazu beitragen, dass dies auch so bleibt.

Ein Ort für Ihre Bürgeranliegen

Ein Versprechen in meinem Wahlkampf war die Einrichtung eines gut erreichbaren Bürgerbüros im Münchner Westen, das für Sie zu bestimmten Geschäftszeiten ein Ort für Ihre Bürgeranfragen sein soll. Im Juli 2018 war es dann soweit, feierlich konnten wir nach Umbauarbeiten unser Bürgerbüro in der ehemaligen Bäckerei Härtl in der Verdistraße 135 eröffnen. Seien Sie jederzeit herzlich willkommen, meine Wahlkreismitarbeiter kümmern sich gerne, soweit möglich, um Ihre Anliegen.

Das CSU-Bürgerbüro für den Wahlkreis München-West/Mitte in der Verdistraße 135

GREENGINEERS
ENGINEERING & CONSULTING

T +49 (0) 89 242 668 – 88
M contact@greengineers.de

Greengineers ist ein interdisziplinäres Beratungs- und Planungsbüro.
Wir gestalten heute die urbanen Lebenswelten von morgen.

Bauen wir die Zukunft.
Gemeinsam.
Besuchen Sie uns auf
www.greengineers.de

Pilsinger's Sprechstunde

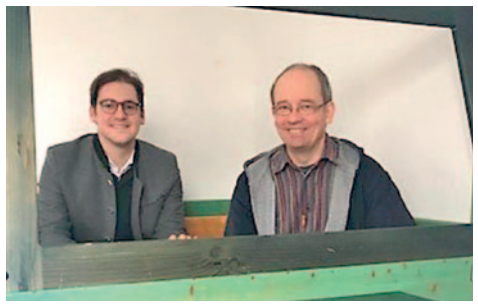
Vor Ort beim Bürger

„Projekt Omnibus" - ein Zuhause auf Zeit

Durch einen schönen Zufall habe ich von dem „Projekt Omnibus" erfahren. Ich besuchte die Stiftung in ihrem Haus in der Lindwurmstraße. Hier stellte mir der Franziskanerpater Bernd Leopold die Einrichtung vor. Das Projekt Omnibus ist eine Unterkunft, die Eltern kranker Kinder in Anspruch nehmen können. Im Jahre 1985 gründete der Franziskanerpater Michael Först (1940-1998), der als Klinikseelsorger in der Haunerschen Kinderklinik tätig war, das Projekt, mit dem Ziel, Eltern während des Krankenhausaufenthalts ihrer Kinder eine kostenlose Unterkunft zu ermöglichen. Die Kliniken selbst haben für Eltern nur begrenzte Aufnahmemöglichkeiten und die Kosten für ein Hotel stellen viele Familien vor eine schwere finanzielle Belastung. Das Angebot von Michael Först fand mit der Zeit immer mehr Resonanz, so dass das Projekt Omnibus professionell ausgebaut wurde. Heute ist dieses Projekt eine eigene Stiftung und in mittlerweile 20 Zimmern werden jährlich mehr als 8.100 Menschen in unmittelbarer Nähe der Haunerschen Kinderklinik beherbergt.

Eltern schwerkranker Kinder, die oft monatelang in der Kinderklinik behandelt werden, haben so die Möglichkeit Tag und Nacht ganz nah bei ihren Liebsten zu sein. Auch die Eltern erfahren in der Unterkunft Unterstützung.

Getreu dem Motto „für alle und durch alle" soll der Dienst, der hier angeboten wird und im Geiste des heiligen Franziskus steht, allen, unabhängig von Einkommen, Nationalität, Geschlecht und Religion helfen. So haben Eltern schwerkranker Kinder aus der ganzen Welt erfahren dürfen, dass sie in dieser für sie so schweren Zeit nicht alleine sind. Ich bin von dieser Einrichtung und der bescheidenen Art, mit der Franziskanerbruder Bernd Leopold seine Arbeit vorgestellt hat, sehr angetan. Dankbar, dass es dieses beeindruckende Projekt in meinem Wahlkreis gibt, will ich es bei Bedarf gerne unterstützen.



Im „Projekt Omnibus" mit dem Franziskanerpater Bernd Leopold – eine bemerkenswerte Einrichtung

Arzneimitteldistribution: Ein hochkomplexer Vorgang

Stephan Pilsinger bei der Alliance Healthcare Deutschland AG im Gespräch mit der Geschäftsführung

Dieses Mal war ich mit meiner Sprechstunde bei der Alliance Healthcare Deutschland AG vor Ort und besuchte deren Pharmadistributionszentrum. Es handelt sich hierbei um einen pharmazeutischen Großhandelsbetrieb, der eine Schlüsselrolle bei der Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten spielt. Die Alliance Healtcare AG stellt dabei das Scharnier zwischen den etwa 1500 pharmazeutischen Unternehmen und den etwa 19.700 Apotheken dar und gewährleistet die permanente Verfügbarkeit und Distribution sämtlicher benötigter Arzneimittel sowie Pharma- und Medizinprodukte. Dabei werden von insgesamt 25 Niederlassungen aus, flächendeckend alle Apotheken in Deutschland bis zu fünf Mal pro Tag beliefert.

Allein das Münchner Distributionszentrum versorgt 936 Apotheken in der Region mit den benötigten Medikamenten und Gesundheitsprodukten. Von der logistischen Meisterleistung des Unternehmens konnte ich mir vor Ort ein Bild machen. Bei einer Führung durch das Unternehmen wurde mir bewusst, dass dieser Betrieb nicht nur Arzneimittel ausliefert, sondern auch dafür Sorge trägt, dass alle in Deutschland zugelassenen Arzneimittel dem Patienten zeitnah zur Verfügung stehen, die Warenströme zwischen den ca. 1.500 Herstellern und 19.750 Apotheken gebündelt werden und dadurch eine schnelle, pünktliche und bedarfsgerechte Belieferung aller Apotheken in Deutschland erfolgt. All das erfordert ein ausgeklügeltes, hochkomplexes System, das mir bei meinem Besuch näher gebracht wurde.

Hundestaffel der Münchner Polizei

Ein besonderes Highlight im Sommer 2018 war für mich der Besuch der Diensthundestaffel der Münchner Polizei in Allach. Das Finden von Vermissten, Drogen, Sprengstoff, Bargeld oder anderen Gegenständen sowie das Aufspüren von Einbrechern auf oder nach frischer Tat – die Aufgaben der Diensthunde sind vielfältig und der Arbeitsalltag abwechslungsreich. Besonders spannend war für mich die Demonstration einer Drogenfahndung in einem Pkw. Über 40 Hunde leisten Dienst bei der Hundestaffel und kommen pro Jahr auf über 2000 Einsätze. Man merkt die persönliche Leidenschaft der Beamten bei der Arbeit mit ihren Hunden – Danke und Vergelt's Gott für Euren Einsatz!

Zu Besuch bei der Diensthundestaffel der Münchner Polizei in Allach

Ein Herzensthema

Angehörige von Kindern mit Behinderung frühzeitig unterstützen und entlasten

Im September 2019 wurde beschlossen, dass nicht-invasive Bluttests zur Feststellung genetischer Erkrankungen beim ungeborenen Kind in begründeten Einzelfällen und nach ärztlicher Beratung von der Gesetzlichen Krankenversicherung erstattet werden sollen. Eine Inanspruchnahme wird voraussichtlich ab Ende 2020 möglich sein, wenn die verpflichtend vorgesehene Versicherteninformation beschlossen wird.[8]

Die wachsenden Möglichkeiten, genetische Erkrankungen wie beispielsweise das Down-Syndrom durch diese Bluttests schon vor der 12. Schwangerschaftswoche festzustellen, können Schwangere und ihre Partner unter enormen emotionalen Druck setzen und in der Folge zu erhöhten Abtreibungszahlen führen. Dieser Beschluss war nicht zu verhindern, deshalb habe ich mich als CSU-Politiker und Arzt bereits frühzeitig dafür ausgesprochen, Familien mit den Ergebnissen dieses Tests nicht alleine zu lassen.[9]

Ich sehe in diesem Beschluss eine Handlungsaufforderung an die Gesellschaft, die Aufklärung vor und nach gendiagnostischen Tests deutlich zu stärken. Deshalb halte ich es für dringend geboten, den Schwangeren bereits zu einem deutlich früheren Zeitpunkt umfassende Informationen und Hilfe zukommen zu lassen. Diese frühestmögliche Beratung soll eine positive Entscheidung für das Leben mit einem beeinträchtigten Kind fördern. Ich bin der Meinung, dass die uneingeschränkte Akzeptanz, Inklusion und Begleitung von Menschen mit Behinderung nur überzeugend gelingen kann, wenn sie bereits vor der Geburt erfolgt. Vor diesem Hintergrund habe ich im Oktober 2019, gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundesfraktion, ein Positionspapier zu den Rahmenbedingungen und Folgefragen von vorgeburtlichen genetischen Bluttests beschlossen. Das Papier trägt den Titel „Angehörige von Kindern mit Behinderung frühzeitig stützen und entlasten“.[10]

Mit meinem Engagement möchte ich den Fokus auf werdende Eltern und die Angehörigen von Kindern mit Behinderung legen. Ich stehe für eine Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderung als einzigartige und gleichberechtigte Mitmenschen anerkannt werden. Dafür muss die Inklusion von Menschen mit Behinderung fest in unserer Gesellschaft verankert werden.

Aus diesem Grund setze ich mich als Arzt und Parlamentarier für einen Rentenausgleich und eine verlängerte Elternzeit für Mütter und Väter ein, die ihr Kind mit Behinderung zu Hause betreuen. Unter anderem soll den Familien psychosoziale Betreuung angeboten und auf Beratungsstellen hingewiesen werden. In Zukunft sollen Fachärzte und Pflegepersonal systematisch für Beratungsfragen weitergebildet werden. Zusätzlich ist eine Einarbeitung des Pflegedienstes im Klinikbereich bereits vor der Entlassung des Kindes notwendig. Darüber hinaus fordere ich eine verstärkte Informationsarbeit seitens der Kammern und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Es ist notwendig, Familien, die bereits ähnliche Erfahrungen gesammelt haben, zu vernetzen und aktiv zu unterstützen. Für eine soziale und finanzielle Anerkennung muss auch von Seiten des Staates zukünftig noch mehr getan werden, um Mütter und Väter von Kindern mit Behinderung zu unterstützen. Ich spreche mich dafür aus, diese Familien finanziell deutlich zu entlasten. Eine solche Unterstützung muss sich an der Höhe der zusätzlichen Belastungen

und an der Einschränkung der Erwerbsmöglichkeiten orientieren.

Seit November 2019 treffe ich mich im Rahmen einer überfraktionellen Gruppe mit Kolleginnen und Kollegen, um weitere Ziele zu erreichen, die im Regelungsbereich einer parlamentarischen Initiative möglich sind. Nun ist es an uns, die gestellten Forderungen auch umzusetzen.

Sowohl aus ärztlicher als auch aus ethischer Sicht ist es für mich unerlässlich, diese Familien nicht alleine zu lassen und in gemeinschaftlicher Verantwortung zu handeln. Dafür setzte ich mich entschlossen ein!

8 siehe Pressemitteilung des G-BA vom 19.09.2019: Nicht-invasiver Test zum Vorliegen von Trisomien als mögliche Alternative zu invasivem Eingriff.

9 siehe z.B.: Natalie Kettinger: CSU-Mann Stephan Pilsinger fordert: Eltern von behinderten Kindern mehr fördern!, Abendzeitung, 26.08.2019.

10 siehe auch: Christdemokraten für das Leben: Positionspapier CSU-Abgeordneter Pilsinger: Angehörige von Kindern mit Behinderung frühzeitig stützen und entlasten, 30.08.2019.

Mein Einsatz für die S-Bahn-Haltestelle Berduxstraße

Finanzielle Voraussetzungen seitens des Bundes sind geschaffen

Ich freue mich, dass Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer den baldigen Bau des wichtigen S-Bahnhalts Berduxstraße unterstützt. Die Bebauung im Münchner Westen schreitet weiter voran. Unter anderem entsteht im Stadtteil Pasing im Bereich der Paul-Gerhardt-Allee/Berduxstraße ein Neubaugebiet mit über 5000 Neubürgern. Eine der größten, dadurch bedingten Herausforderungen ist die Überlastung der vorhandenen Infrastruktur, insbesondere durch den individuellen PKW-Verkehr. Da die geplante Anbindung dieses Neubaugebiets absolut unzureichend ist und aufgrund der mangelnden Erschließung durch den ÖPNV ein Verkehrskollaps droht, habe ich mich direkt beim Bundesverkehrsminister für die Finanzierung des S-Bahnhalts eingesetzt.

In einem Brief des Bundesverkehrsministeriums an mich schreibt Scheuer nun, dass die von Bundesseite gebotenen Finanzierungsmöglichkeiten durch die geplante Novellierung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes voraussichtlich gegeben sind. „Vor diesem Hintergrund und mit finanzieller Unterstützung durch den Bund gehe ich davon aus, dass eine baldige Realisierung der neuen S-Bahn-Station ermöglicht werden wird.“, so Scheuer.

Denn auf Grundlage der Beschlüsse zum Klimaschutzprogramm werden die Bundesfinanzhilfen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes von derzeit 332 Millionen Euro auf etwa 665 Millionen Euro im Jahr 2020 aufgestockt. Im Zuge der Novellierung des GVFG ist dabei vorgesehen, die Finanzierungsmöglichkeiten für Bahnhöfe und Haltestellen der Länder zu verbessern.

Der Bezirksausschuss Pasing/Obermenzing hat sich in der Angelegenheit „Berduxstraße“ bereits 2017 mit der damaligen Obersten Baubehörde in Verbindung gesetzt. Von dieser erhielt das Stadtteilparlament die Zusage, dass eine Machbarkeitsstudie zum Bau einer S-Bahnhaltestelle in Auftrag gegeben werde. Der Untersuchungsauftrag hierzu wurde allerdings erst Ende 2018 vergeben und der Zeitplan für die Untersuchungen ist mit vier Jahren viel zu lang, da die ersten Wohnungen noch dieses Jahr bezogen werden.

Nach den Aussagen von Planungsexperten des Bezirksausschusses aus dem Jahr 2018 belaufen sich die geschätzten Kosten für den S-Bahn-Haltepunkt auf 12 bis 15 Millionen Euro – ein Betrag, welcher nach Auskunft des bayerischen Verkehrsministeriums nicht sicher durch den Freistaat Bayern zur Verfügung gestellt werden kann.

Da bereits im November dieses Jahres der Gesetzentwurf zum GVFG im Kabinett diskutiert wurde und geplant ist, das Gesetz im Februar 2020 zu verabschieden, ist das „Projekt S-Bahn Haltestelle Berduxstraße“ nun einen deutlichen Schritt vorangekommen. „Die finanziellen Voraussetzungen sind nun vom Bund geschaffen. Die Planungen werden vor Ort gemacht.“, so Scheuer abschließend.

Stephan Pilsinger im Austausch mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer

Der vertuschte Skandal

Der Kampf um Aufklärung für Duogynon-Geschädigte

Als zuständiger Berichterstatter im Familienausschuss bin ich mit der parlamentarischen Aufarbeitung im Fall Duogynon betraut.

Mutmaßlicher Pharmaskandal

Duogynon war ein hormoneller Schwangerschaftstest der Firma Schering. Dieser Test wurde in den Jahren 1951 bis 1980 millionenfach vertrieben. Schon Ende der 1970er Jahre häuften sich die Berichte über mögliche embryonale Missbildungen während der Schwangerschaft durch die hohen Hormongaben. Das würde heute etwa dreier Monatsrationen hormoneller Antibabypillen als Einmalgabe entsprechen.[11]

Noch keine Entschädigung für Betroffene

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) lehnt eine Entschädigung der mutmaßlichen Duogynon-Geschädigten derzeit ab. Begründet wird diese Haltung mit dem Fehlen des wissenschaftlichen Nachweises eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen Einnahme in der Schwangerschaft und Fehlbildungen im naturwissenschaftlichen Sinne.[12] Dennoch ist dieser Zusammenhang mehr als wahrscheinlich, denn das Arzneimittel wurde nachweislich und systematisch als Abtreibungsmittel sowie als „Pille danach“ missbraucht.

Verjährung reicht nicht als Antwort

Seit 2010 und in den darauffolgenden Jahren wird der Fall wieder vor deutschen Gerichten verhandelt. Der Rechtsnachfolger von Schering, die Bayer AG, benutzte die Einrede der Verjährung und konnte sich somit bis heute der Verantwortung entziehen. Der Richter des Landgerichtes Berlin schlug eine Mediation vor. Bis heute lehnt Bayer jede Form von Gesprächen strikt ab.[13] Im Februar 2018 publizierte der schottische Wissenschaftler Neil Vargesson gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen einen Bericht über Missbildungen bei Duogynon (engl. Name Primodos) im Tierversuch in der Fachzeitschrift Nature.[14] Wie auch schon bei seinen früheren Forschungen zu Contergan konnte er auch bei Duogynon ähnliche Formen von Missbildungen nachweisen. Die englische Regierung hat daraufhin eine erneute Untersuchungskommission eingesetzt, um den Fall Duogynon/Primodos aufzuklären.

Kampf um Aufklärung

In Deutschland kämpfen Betroffene seit 2009 nun wieder um eine Aufklärung des Falles. Das Thema Duogynon bekam auch wieder vermehrt Aufmerksamkeit in den Medien.[15] Trotz all der Bemühungen und großer medialer Berichterstattung, kann ich mir nicht erklären, warum die Bundesregierung in diesem Fall bisher untätig geblieben ist.

Aktiv werden!

Aus diesem Grund setze ich mich seit Oktober 2017 für die Geschädigten ein. Ich habe mich mit Betroffenen und Experten über Erfahrungen und Schwierigkeiten in diesem Prozess ausgetauscht.[16] Im März 2019 veranstaltete ich als Mitinitiator mit 26 weiteren Abgeordneten ein überfraktionelles Fachgespräch. An diesem nahmen unter anderem Andre Sommer, der Vorsitzende des Netzwerks Duogynon e.V., Jörg Heynemann (Fachanwalt für Medizinrecht), Marie Lyon (Vorsitzende der britischen Association for Children Damaged by Hormone Pregnancy Tests) und der Klinische Pharmaloge Prof. Jeffery Aronson teil.[17] Als Ergebnis wurde ein Beschwerdebrief an die Bundeskanzlerin mit der Bitte um Aufklärung dieses Skandals verfasst. Zusätzlich fordern wir mit unserem Brief eine soziale Entschädigung bzw. einen sozialen Ausgleich für die betroffenen Duogynon-Opfer zu prüfen. Derzeit wartet die Bundesregierung die Entwicklung in Großbritannien ab.

Ungeachtet dessen werde ich weiter für eine Entschädigung der Opfer kämpfen! Es ist mir wichtig, dass auch in Deutschland eine umfassende Aufklärung der Duogynon-Fälle auf Regierungsebene erreicht und eine Entschädigung für Betroffene erwirkt wird.

11 siehe z.B: Adama Ulrich: Der Fall Duogynon – ein wenig beachteter Medikamentenskandal, Deutschlandfunk Kultur, 04.07.2016.
12 siehe BT.-Drs. 19/5738.
13 siehe u.a.: Udo Ludwig und Christian Schweppe: Schering-Arzneimittelskandal – Für die Opfer kein Wort, Der Spiegel, Ausgabe 27/2016.
14 Brown, S., Fraga, L.R., Cameron, G., Erskine, L., Vargesson, N. (2018). The Primodos components Norethisterone acetate and Ethinyl estradiol induce developmental abnormalities in zebrafish embryos, Nature Scientific Reports Volume 8, Article number: 2917-2018.
15 siehe u.a.: Katharina Peetz: Arzneimittel Duogynon – Neue Hoffnung für Geschädigte, Deutschlandfunk Kultur, 16.04.2019.
16 siehe u.a.: Anna Pannen: Duogynon-Politiker fordern Aufklärung. Pharmazeutische Zeitung, 03.12.2018.
17 siehe: Deutsche Apotheker Zeitung: Gesundheitspolitikerinnen fordern Unterstützung für Duogynon-Kinder, 03.04.2019.

Auf Initiative Stephan Pilsingers findet zum ersten Mal in den Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages eine international besetzte Konferenz zum Thema Duogynon-Aufklärung statt

GEWINNSPIEL

Teilnahmebedingungen:
Beantworten Sie folgende vier Fragen in Stichpunkten!
(Hinweis: Die richtigen Antworten befinden sich in dieser Zeitung!)

Hauptgewinn: Eine Fahrt für zwei Personen nach Berlin

1. Welchen Beruf hat Ihr Bundestagsabgeordneter Stephan Pilsinger?

2. Nennen Sie zwei Themen, für welche sich Stephan Pilsinger mit Herzblut einsetzt!

3. Seit wie vielen Jahren sitzt Stephan Pilsinger im Deutschen Bundestag?

4. In welchen zwei Ausschüssen ist Stephan Pilsinger Mitglied?

Einsendeschluss: per Post oder Einwurf in unseren Briefkasten bis 31. Januar 2020 (Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.)
Adresse: Wahlkreisbüro München-West/Mitte • Verdistraße 135 • 81247 München

Ihre Daten: (Wird ausschließlich zum Zwecke der Ermittlung des Gewinners genutzt und nicht an Dritte weitergegeben.)

Vorname, Nachname:

Straße:

Postleitzahl, Wohnort:

Telefonnummer:

Geburtsdatum:

Impressum

Verantwortlicher und Herausgeber:
Stephan Pilsinger, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Telefon: 030 227 72520
Fax: 030 227 70520
E-Mail: stephan.pilsinger@bundestag.de
Homepage: stephan-pilsinger.de

Ihr Ansprechpartner vor Ort:
CSU-Wahlkreisbüro München-West/Mitte
Verdistraße 135 · 81247 München
Telefon: 089 139 38991